

Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Tourismus (20. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 20/7590 –**

Reisen und Kulturerlebnisse für alle möglich machen – Barrierefreiheit als Qualitätsstandard verankern

A. Problem

Die Unionsfraktion führt in ihrem Antrag aus, dass das Kennzeichnungs- und Zertifizierungssystem „Reisen für Alle“ seit zwölf Jahren barrierefreie Reiseangebote ausweise. Es sei in enger Abstimmung mit Behindertenverbänden, der Tourismuswirtschaft und den Bundesländern entwickelt worden und für Angebote und Informationen entlang der gesamten touristischen Leistungskette geeignet, unter anderem für Touristeninformationen, Beförderungsmittel, Übernachtungsbetriebe oder kulturelle Einrichtungen. Die Daten der teilnehmenden Einrichtungen würden von unabhängigen Erhebern aufgenommen und von einer Prüfstelle zertifiziert werden.

Die Fraktion fordert die Bundesregierung auf, eine langfristige Finanzierung von „Reisen für Alle“ sicherzustellen. Barrierefreiheit solle ein Qualitätsmerkmal des Deutschlandtourismus bei Reisezielen und Kulturstätten werden. Die Bundesregierung solle in Zusammenarbeit mit den Bundesländern auf einheitliche, für die Tourismuswirtschaft einfach handhabbare Kriterien des Kennzeichnungssystems hinwirken, um die Zahl der angeschlossenen Anbieter zu erhöhen. Durch entsprechende Öffentlichkeitsarbeit und Hervorhebung von Leuchtturmprojekten solle das System stärker beworben werden, um damit die Zahl der mitwirkenden Anbieter und Betriebe bis Ende 2025 zu verzehnfachen.

Darüber hinaus fordern die Abgeordneten, dass im Rahmen der Fortschreibung der nationalen Tourismusstrategie dem barrierefreien Kulturtourismus als Querschnittsthema der notwendige Stellenwert eingeräumt und das Thema Barrierefreiheit vermehrt in Ausbildungs- und Studiengänge integriert wird.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/7590 abzulehnen.

Berlin, den 18. Oktober 2023

Der Ausschuss für Tourismus

Jana Schimke
Vorsitzende

Anja Troff-Schaffarzyk
Berichterstatterin

Heike Brehmer
Berichterstatterin

Stefan Schmidt
Berichterstatter

Reginald Hanke
Berichterstatter

Sebastian Münzenmaier
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Anja Troff-Schaffarzyk, Heike Brehmer, Stefan Schmidt, Reginald Hanke und Sebastian Münzenmaier

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/7590** in seiner 125. Sitzung am 28. September 2023 zur federführenden Beratung dem Ausschuss für Tourismus, zur Mitberatung dem Finanzausschuss, dem Haushaltsausschuss, dem Wirtschaftsausschuss, dem Ausschuss für Arbeit und Soziales, dem Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, dem Verkehrsausschuss, dem Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, dem Ausschuss für Kultur und Medien und dem Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung auf, eine langfristige Finanzierung des Zertifizierungs- und Kennzeichnungssystems „Reisen für Alle“ sicherzustellen. Das Zertifikat weist barrierefreie Reiseangebote aus.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Finanzausschuss** hat in seiner 64. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Haushaltsausschuss** hat in seiner 61. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Wirtschaftsausschuss** hat in seiner 57. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat in seiner 59. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat in seiner 48. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Verkehrsausschuss** hat in seiner 57. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat in seiner 57. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat in seiner 45. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen und Kommunen** hat in seiner 53. Sitzung am 18. Oktober 2023 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 20/7590 in seiner 51. Sitzung am 18. Oktober 2023 abschließend beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE., den Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** trug vor, dass ihr Antrag „Reisen und Kulturerlebnisse für alle möglich machen“ auf die gesellschaftliche Teilhabe entlang der gesamten touristischen Leistungskette abziele. Dazu brauche es klare, dauerhafte Zuständigkeiten und eine klar gesicherte Finanzierung. Es werde eine Abstimmung mit den Betroffenenverbänden sowohl auf inhaltlicher als auch auf organisatorischer Ebene gefordert und ein runder Tisch, ressortübergreifend zwischen dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) und dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS). Aktuell nutzten rund 3 500 Betriebe und sonstige touristische Einrichtungen in ganz Deutschland das System. Angesichts von 650 000 möglichen Zertifizierungsträgern gebe es noch viel Luft nach oben. Es werde zwingend eine höhere Marktdurchdringung benötigt. „Reisen für Alle“ sei kein Luxus- oder Nischenthema; es sei ein Anliegen aus der Mitte der Gesellschaft.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, es sei unstrittig, dass man mit dem aktuellen Stand des von der Bundesregierung geförderten Kennzeichnungssystems „Reisen für Alle“ noch nicht zufrieden sein könne. 3000 zertifizierte Anbieter nach rund zehn Jahren seien nicht genug. Bund und Länder hätten sich gemeinsam darauf verständigt, dass sie an „Reisen für Alle“ festhalten und das Projekt weiterentwickeln wollten. Das sei ein wichtiger Meilenstein, weil Tourismuspolitik Ländersache sei und die Initiative auch aus der Fläche kommen müsse. Die Finanzierung für den nächsten Schritt sei gesichert. Die Länder seien jetzt aufgerufen, eine neue Koordinierungsstelle vorzuschlagen, die mit der Vergabe der Lizenzen beauftragt werde. Alle Themen, die in dem Antrag angesprochen würden, seien bereits in der Umsetzung, daher werde dieser abgelehnt.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** stimmte zu, dass das Thema Barrierefreiheit sowohl im Tourismus, als auch im Kulturbereich grundsätzlich ein wichtiges Anliegen sei. In allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens müsse Menschen die Teilhabe ermöglicht werden, das betreffe natürlich auch den Tourismus. Dass das bisherige Programm „Reisen für Alle“ nicht optimal sei, weil bisher zu wenige Unternehmen zertifiziert seien, sei klar. Seitens der Bundesregierung sei der Weg beschritten worden, „Reisen für Alle“ neu aufzustellen. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sei sehr zuversichtlich, dass dies gelingen werde, so dass der Antrag der Union als Ergänzung nicht erforderlich sei. Der Antrag werde abgelehnt.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, dass die UN-Behindertenrechtskonvention Menschen mit Behinderungen ein uneingeschränktes und selbstverständliches Recht auf Teilhabe einräume. Barrierefreies Reisen sei ein wesentliches Element der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und schließe Kulturerlebnisse ein. Bund und Länder hätten am 6. September vereinbart, das Projekt „Reisen für Alle“ nahtlos fortzusetzen. Das BMWK arbeite aktuell mit Hochdruck an der Umsetzung. Es sei zutreffend, dass es bei „Reisen für Alle“ Luft nach oben gebe. Von mehreren hunderttausend touristischen Betrieben seien nur wenige Tausend zertifiziert und die Kriterien zum Teil nicht praxisgerecht. Der Antrag enthalte ein paar gute Anregungen zur Inklusion, die in eine Diskussion einfließen könnten. Der Antrag werde dennoch abgelehnt.

Die **Fraktion der AfD** merkte an, dass „Reisen für Alle“ seit zwölf Jahren gefördert werde und in diesem Zeitraum lediglich rund 3000 Betriebe daran teilnehmen würden. Man könne sagen, dass das Projekt gescheitert sei. In ihrem Antrag fordere die CDU/CSU eine stärkere Werbung für das Kennzeichnungssystem, weil sie glaube, die Zahl der mitwirkenden Betriebe bis Ende 2025 so zu verzehnfachen. Das sei unrealistisch und habe in den letzten zwölf Jahren auch nicht funktioniert. Jetzt solle die Zahl in zwei Jahren noch verzehnfacht werden, das werde nicht funktionieren. Der wichtigste Punkt, der in dem Antrag leider fehle, seien Überlegungen, wie man die Zertifizierung oder Re-Zertifizierung günstiger machen könne, sodass die Betriebe das auch umsetzen wollten; das sei nämlich das Problem. Der Antrag werde abgelehnt.

Die **Fraktion DIE LINKE.** hat an der Ausschusssitzung nicht teilgenommen.

Berlin, den 18. Oktober 2023

Anja Troff-Schaffarzyk
Berichterstatterin

Heike Brehmer
Berichterstatterin

Stefan Schmidt
Berichterstatter

Reginald Hanke
Berichterstatter

Sebastian Münzenmaier
Berichterstatter

